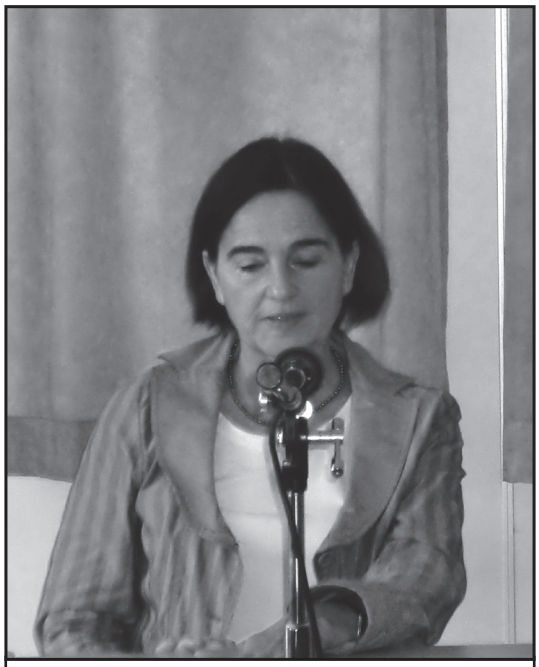
Suhler
ANDERE Zeitung
DIE LINKE. Monatsumschau für Links- und Querdenker

19. Jahrgang / Nr.7
Juli 2010
Preis: eine Spende

„Wehe dem Sieger! - Ohne Osten kein Westen“

Die Autorin Daniela Dahn gab am 6. Juni zum politischen Frühschoppen einen äußerst interessanten Einblick in ihr Buch. Circa 50 Suhlerinnen und Suhler waren der Einladung von Ina Leukefeld und der Suhler LINKEN ins „FRIZ“ gefolgt, um Daniela Dahn hautnah zu erleben und mit ihr zu diskutieren.



Daniela Dahn zu Gast bei den Suhler LINKEN

Daniela Dahn stellte die These in den Mittelpunkt: **Vom Verlierer nicht lernen, heißt verlieren lernen.**
Warum konnte der Sieger nach dem Mauerfall mit seinem Sieg nichts anfangen? Der Abstieg des Westens begann vielmehr just im Moment seines größten Triumphes. Für die simple Einsicht, dass der Markt es nicht richtet, hat er zu lange gebraucht. Womöglich fehlte ihm das Korrektiv sozialistischer Ideen? Und die beiden Systeme waren nicht autonom, sondern hingen an einer Nabelschnur. Es gibt ein positives Erbe der DDR und der alten Bundesrepublik. Beides ist schon beinahe verspielt. Und deshalb lautet der überraschende Befund: Mehr noch als der Osten ist der Westen zum Verlierer der Einheit geworden. Ohne Systemkonkurrenz hat er seinen Halt verloren. Werte und Ziele wie Wohlstand für alle, mehr bürgerliche Freiheiten, soziales Wirtschaften und eine intellektuelle Kultur, die auf Meinungsvielfalt setzt – sie schwinden dahin.
Entschieden setzt sich Daniela Dahn auch mit der Simpelei von den zwei deutschen Diktaturen auseinander. Letztlich erkennt sie nur eine Methode an, das Unrecht beider Epochen einigermaßen seriös zu vergleichen: das Nebeneinanderstellen einer Bilanz der juristischen Aufarbeitung.
Im Buch wird aber nicht nur die Verlustgeschichte von Vereinigung und Krise erzählt, sondern es werden auch die ungenutzten Chancen freigelegt. Damit die Krise nicht auch die Demokratie in den freien Fall zieht, muss der Kapitalismus aufhören, er selbst zu sein. So stellt Daniela Dahn folgerichtig die Frage nach einem Grundrecht der sozialistischen Revolution und schlussfolgert, dass die Zuspitzung der krisenhaften Entwicklung zu einer Internationalisierung des Zorns führt: „Prekarier aller Länder, vereinigt euch!“
Danke Daniela für einen gelungenen Sonntagvormittag! **- I.B. -**

Aus dem Inhalt:

Neuer Stolperstein **S.2**
Katja Kipping in Suhl **S.3**
Zur Programmdebatte **S.4**
Im Focus Oberhof **S.5**
Geschichte und Gegenwart **S.6**
Leserbriefe/Glosse **S.7**
Wülfrather Appell **S.8**

Sozial gerecht sparen?

Sozial gerecht ist kein Sparpaket, das jetzt Arme und Reiche zu gleichen Teilen belastet. Diese Behauptung verkennt völlig, dass den Armen bereits seit Jahren Vorleistungen aufgezwungen wurden. Sozial gerecht ist es deshalb, wenn endlich auch Finanzhaie ihren Anteil am Sparen leisten. Allein die Wiederherstellung der Steuersätze der Ära Kohl würde etwa 100 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Jahr bedeuten. Das wäre eine gewaltige Entlastung, und alle sozialen Kürzungsorgien wären mit einem Schlag überflüssig. Zudem ist es überfällig, dass große Vermögen endlich auch in Deutschland wieder besteuert werden, so wie in vielen anderen Ländern auch. Würden Privatvermögen, die eine Millionen Euro übersteigen, mit einem Steuersatz von fünf Prozent belastet, ergäbe das noch mal 80 Milliarden Euro im Jahr für handlungsfähige Länder und Kommunen. Wer ein Steuer-Paradies für Reiche und Vermögende schafft, muss sich nicht wundern, wenn die öffentlichen Kassen leer sind.

- akw -

Ein Stolperstein für Ernst König

(03.03.1898 bis 05.01.1945)

Ernst König, am 3. März 1898 in Suhl/Heinrichs geboren, als Werkzeugmacher seit 1924 gewerkschaftlich im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert, erkannte schon früh die Gefahr eines neuen Krieges durch die immer stärker werdenden Faschisten. Er wollte dagegen etwas wirksames unternehmen und wurde 1931 Mitglied der KPD und ein Jahr später Organisationsleiter des „Kampfbundes gegen den Faschismus".

Ernst König war der Kopf einer Widerstandsgruppe im Simsonwerk in Heinrichs, deren Mitglieder nach 1933 Flugblätter gegen Faschismus und Krieg herstellten und im gesamten Werk sowie darüber hinaus im Kreisgebiet verteilten. Sie machten das „Braunbuch" über den Reichstagsbrand bekannt und wiesen damit die Lügen der Nazis über die angeblichen Verbrechen der Kommunisten mit überzeugendem Faktenmaterial zurück. Seine Aktivitäten konnte er nicht ununterbrochen ausführen, denn 1936 wurde er 3 Monate inhaftiert und von Juni 1937 bis April 1939 kam er in „Schutzhaft". Nachdem ein Verräter und Provokateur Ernst König mehrere Pistolen übergeben und die Gestapo anschließend davon informiert hatte, kam es zu einer Massenverhaftung.

In der Anklageschrift beim Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof vom 16. November 1944 heißt es über Ernst König, er habe vom Sommer 1933 einer Organisation angehört, die sich mit der Verteilung illegaler Flugblätter befasste. Im Dezember 1944 wurde er vom Volksgerichtshof in einem Prozess in Rudolstadt zum Tode verurteilt und am 5. Januar 1945 gemeinsam mit anderen Antifaschisten im Lichthof des Landesgerichtsgefängnisses Weimar hingerichtet.

Ernst König wird gemeinsam mit Ehrhard Schübel und Gottfried Heß und allen Antifaschisten jährlich im April an der Gedenkstätte auf dem Heinrichser Friedhof geehrt.

- D. Schmidt -

Missverhältnisse

Westerwelle hat mit erhobenem Zeigefinger festgestellt, dass WIR über unsere Verhältnisse gelebt haben. WIR – damit dürften wohl gleichermaßen die Westerwelles und die Osterwelles, die Hartz-IV Empfänger und die Finanzhaie, gemeint sein. Nach unseren Erfahrungen gibt es hier in Suhl diese Verhältnisse nicht. Ja, sind Wir, die „Hartzer", die Kurzarbeiter, die Rentner oder die Leiharbeiter, etwa für die neuen Staatsschulden von – nur? – 65 Milliarden Staatsschulden verantwortlich? Oder sind es nicht jene, die mit 3 Milliarden EURO jährlich für den Afghanistankrieg über ihre Verhältnisse Schulden machen? Hier handelt es sich um Leute, die immer wieder ungeheure Summen für nichts und wieder nichts einsacken, Leute mit leistungslosem Einkommen und Großerbschaften. 14 Prozent der Bürger dieses Landes leben unter der Armutsgrenze! Es ist- mit Verlaub gesagt – schon ein recht kurioser Weg „vom ICH zum WIR", den die Westerwelles da eingeschlagen haben. Und viel Freunde kann man sich damit im Volke kaum machen.

- old long -

Am 07. Juni 2010 eröffnete das lokale „Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus" im Atrium des CCS eine Ausstellung zum Thema „Rückkehr zur Demokratie" mit mehreren Tafeln über die Beseitigung versuchter sozialistischer Entwicklungen in Ländern Osteuropas. An der Eröffnung nahm Bürgermeister Panse aus Zella-Mehlis teil. Der Suhler Bürgermeister Klaus Lamprecht (DIE LINKE) hielt zu Beginn eine kurze Ansprache, in der er die friedliche Revolution 1989/90 in der DDR würdigte. Er wies unter anderem auf die Notwendigkeit hin, gegenwärtig und zukünftig zu bewerten, welche Ziele des Jahres 1989 wie verwirklicht werden. Die damals errungene Demokratie gelte es zu nutzen, um insbesondere den Interessen von Menschen ohne Lobby Geltung zu verschaffen

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl,
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
Kto-Nr.: 170500 7151; **BLZ:** 840 500 00 Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl.
V.i.S.P.: A. Longard,Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer August-Ausgabe 2010 ist am 22.07.2010.

Die Suhler Andere Zeitung nach dem Lesen weitergeben!

Freiheitsrechte brauchen eine materielle Grundlage

Katja Kipping, stellvertretende Parteivorsitzende der LINKEN, sprach in Suhl

In und bei der Partei DIE LINKE existiert eine Bundesarbeitsgemeinschaft „Grundeinkommen". Eine ihrer Sprecherinnen, Katja Kipping, ist zugleich stellvertretende Parteivorsitzende. Sie ist 31 Jahre alt und war zu einer Veranstaltung ins Suhler Freizeit- und Informationszentrum gekommen. Der Saal im FRIZ war trotz der kurzfristigen Vorbereitung gut gefüllt, denn das Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen" rief offensichtlich großes Interesse hervor. Oft wird die Unterstützung der Forderung „Hartz IV muß weg!" mit der berechtigten Frage nach dem „Was dann?" verbunden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) könnte die Antwort sein, wenn es denn gelingt, dafür Mehrheiten zu gewinnen.

Von diesem Ziel sind die Befürworter des Grundeinkommens gegenwärtig noch ein ganzes Stück entfernt. Obwohl die sympathische Idee bereits in der PDS ziemlich breit diskutiert worden war, findet sie im 1. Programmentwurf der LINKEN keinerlei Berücksichtigung, weder als politisches Ziel noch als Diskussionsthema der Partei. Das ist ein Mangel, der in der weiteren Arbeit am Programmentwurf dringend behoben werden müsste. Insofern war die Veranstaltung mit Katja Kipping sehr zeitgemäß.

Als Beispiel der Ungerechtigkeiten und Repressionen, die für die Betroffenen mit den Hartz-Gesetzen verbunden sind, schilderte Katja Kipping eingangs den Fall einer Familie, der sämtliche Leistungen zum Lebensunterhalt zu 100 Prozent gestrichen worden waren, nur weil sie vor Gericht eine gerechte Behandlung eingeklagt hatten. Da immer noch sehr verschwommene Anschauungen über das BGE existieren, begann sie in ihrer Diskussionsgrundlage mit der Frage: „Bedingungsloses Grundeinkommen – was ist das eigentlich?" Sie bezeichnete es als ein „individuell garantiertes Recht eine monatliche finanzielle Grundsicherung in einer existenz- und teilhabesichernden – also einer armutsfesten - Höhe." Dieses Grundeinkommen bekommt jeder ohne eine Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zur Arbeit oder einer anderen Gegenleistung. Es ist ein Programm zur radikalen Bekämpfung der Armut und sie sozialökonomische Basis der Freiheit jedes Menschen, über eigene Lebensbedürfnisse und Tätigkeiten selbst entscheiden zu können.

Ausgehend von dem weit gefassten Marxschen Arbeitsbegriff verwies Katja Kipping auf die Tatsache, dass bereits heute von den Menschen die gewaltige Summe von jährlich 96 Milliarden Stunden unbezahlter Arbeit zur Reproduktion des menschlichen Lebens ohne jeglichen Zwang geleistet wird, in der Familie, in Ehrenämtern, für die Bildung und vieles andere. Arbeitszwang ist folglich keine Voraussetzung für Arbeit, wohl aber Grundlage für Existenzangst und eine beträchtliche Einengung der menschlichen Freiheit. Wer heute keine Arbeit in Produktion oder Dienstleistung hat, ist erpressbar, erniedrigt, geknechtet. „Freiheitsrechte", so Katja Kipping, „brauchen aber eine materielle Grundlage." Jeder muss die Möglichkeit haben, sich einzumischen und an Demonstrationen und Kundgebungen teilzunehmen. Diese Möglichkeit darf nicht schon dadurch begrenzt werden, dass sich der einzelne keine Fahrkarte nach Berlin oder Stuttgart leisten kann. Außerdem ist ein bedingungsloses Grundeinkommen im Verein mit einem gesetzlichen Mindestlohn Katalysator für die notwendige Senkung der Arbeitszeit.

Die anschließend gestellten Fragen waren vielfältig wie das Thema. Natürlich wurde das Problem der Finanzierbarkeit der Idee gestellt und mit der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums beantwortet. Eine Teilnehmerin stellte die Frage, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen im Gegenzuge nicht auch ein Höchsteinkommen brauche. Katja Kipping ging auch ausführlicher auf die verschiedenen Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens, vom Bürgergeld der FDP, über die Vorstellungen des ehemaligen Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus bis zum Modell des DM-Chefs Götz Werner ein, wobei Werners Ideen den Vorstellungen der LINKEN am nächsten kämen.

Die Veranstaltung wurde mit einer Aufforderung zur Fortsetzung der Diskussion zu diesem interessanten und zukunftsweisenden Thema abgeschlossen. Weiterführende Anregungen dafür vermittelt auch Katja Kippings im Jahre 2009 erschienenes Buch „Ausverkauf der Politik. Für einen demokratischen Aufbruch".

- KaWa -

Katja Kipping: Ausverkauf der Politik, Für einen demokratischen Aufbruch; Econ Verlag 2009, 368 Seiten, € 19,90

Jeder muss sich wehren!

Wie in Griechenland sollen jetzt auch in Deutschland Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Alleinerziehende, Familien und Rentner für die Finanzkrise zahlen: Leistungen für Arbeitslose werden gekürzt, Hartz IV-Beziehenden wird das Elterngeld und der Zuschuss zur Rentenversicherung gestrichen, der Heizkostenzuschuss entfällt. Im Öffentlichen Dienst drohen Gehaltskürzungen. Die Rettung der Banken hat die deutschen Staatsschulden bis Ende 2009 um 99 Milliarden Euro erhöht. Auch das 750 Milliarden schwere Euro-Rettungspaket nützt vor allem den Finanzinstituten.

Union und FDP weigern sich, Krisenverursacher und -gewinnler an den Kosten zu beteiligen;

DIE LINKE ist die einzige Partei mit einem gerechten Sanierungskonzept:

1) Steuererhöhung für die Krisenverursacher und -gewinner,

2) Nutzung der Mehreinnahmen für ein kommunales Wachstumsprogramm und

3) Schuldenabbau.

Wir schlagen ein Bündnis der gesamten Opposition mit Gewerkschaften und Sozialverbänden zur Abwehr dieses Sozialabbaus vor.

- Jens Petermann (MdB) -

Aus der Programmdebatte im Stadtverband Suhl

Der Stadtvorstand diskutierte gemeinsam mit Mitgliedern der AG Geschichte in unserem Stadtverband den „ 1. Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE“. Im Mittelpunkt standen zwei Fragen:
Erstens der Inhalt des ersten Abschnitts mit der Überschrift „Woher wir kommen, wer wir sind“ und zweitens die Einschätzung der Rolle der Landbevölkerung in der gegenwärtigen und zukünftigen Gesellschaft.
Mit diesem Beitrag möchten wir den Stadtverband und alle interessierten Bürgerinnen und Bürger über die dabei vorgetragenen Meinungen informieren. Der Stadtverband ist sowohl an zustimmenden als auch an anderen Meinungen zu den diskutierten Problemen interessiert. Doch der Reihe nach, zunächst die Meinungen der Genossinnen und Genossen zu den linksdemokratischen Traditionen unserer neuen Partei:
Im Ergebnis der Diskussion wurde von den Genossinnen und Genossen erwogen, den Abschnitt „Woher wir kommen, wer wir sind“ zu kürzen und damit umzugestalten. Nach Auffassung einiger Genossen enthält der Abschnitt zahlreiche unausgegorene Einschätzungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die erst nach einer kritischen Erforschung und gründlichen Diskussion unter Historikern mit hohem Gültigkeitsanspruch festgeschrieben werden können. Das betrifft die Ursachen und den Zeitpunkt der Spaltung der Arbeiterbewegung, die knappe Darstellung des Endes der Weimarer Demokratie, oder auch die Vereinigung zur SED 1946. Der für die deutsche Geschichte so wesentliche Sachverhalt der Befreiung des deutschen Volkes von der faschistischen Gewaltherrschaft wird einfach übergangen und die Geschichte der beiden deutschen Staaten wird fast überhaupt nicht in die weltgeschichtliche Entwicklung eingeordnet. Unseres Erachtens ist es für das gegenwärtige Programm unserer Partei auch nicht erforderlich, eine ausführliche geschichtliche Betrachtung anzustellen und damit sozusagen „nebenbei“ eine ganze Geschichte der linksdemokratischen Bewegungen in unserem Land zu skizzieren. Das Programm könnte sich auf eine Bewertung der Entstehungsgeschichte der Partei DIE LINKE seit dem Jahre 1999 beschränken.
Zum zweiten sind wir natürlich ein Stadtverband, doch wollen wir darauf aufmerksam machen, dass im vorliegenden Entwurf des Parteiprogramms ein großer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht angesprochen wird. Wir meinen damit die Bevölkerung auf dem Lande, in den Dörfern und kleinen Städten, die weitgehend von einer landwirtschaftlichen Produktion und einer komplizierten und gegenläufigen demografischen Entwicklung geprägt sind. Das hat einerseits zur Folge, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern in den Dörfern der Eindruck entsteht, die Partei DIE LINKE hätte weder Interesse noch Ahnung von den sozialen und ökologischen Problemen in den Dörfern, noch von den Auswirkungen der kapitalistischen Krise auf dem Lande. Andrerseits wird damit die aus unserer Sicht hohe Verantwortung der landwirtschaftlichen Produktion für die Erhaltung und den Schutz der Natur unterschätzt. Wir denken, dass es dringend notwendig ist, diese Mängel im Programmentwurf zu beheben.

- K. Walther -

27 Millionen Tote und unvergleichliche Zerstörungen

Seit mehreren Jahren versammeln sich Suhler Antifaschisten und Mitglieder der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft am 22. Juni an der Gedenktafel für die Zwangsarbeiter, die während des faschistischen Krieges zur vorzugsweise zur Rüstungsproduktion in Suhl gepresst wurden. Zugleich erinnern die Organisatoren an die unvergleichlichen Kriegsopfer der Sowjetunion. So auch in diesem Jahr, in dem Hubert Heiderich, Vorsitzender der Deutsch-Russischen Freundschaftsgesellschaft in unserer Region, der 27 Million sowjetischen Toten gedachte und an die Zerstörung von 17.000 Städten und 70.000 Ortschaften auf sowjetischem Boden anprangerte. Unverzeihbar ist deshalb, dass Deutschland ganz offensichtlich nicht bereit ist aus dieser furchtbaren Geschichte unseres Landes zu lernen, denn seit mehreren Jahren ist die Bundesrepublik wieder drittgrößter Waffenexporteur in der Welt und verdient damit am Geschäft mit dem Tode. Parallelen sind offensichtlich. Der Einsatz von ca. 10.000 Zwangsarbeitern und die Vorbereitung des 2. Weltkrieges führten in Suhl zu einer Erhöhung des Gewinns aus der Rüstungsproduktion um das Zehnfache.

Hubert Heiderich wandte sich entschieden gegen die Behauptung, dass die jährliche Mahnveranstaltung eine Versammlung von ewig gestrigen sei und forderte den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Dort werde nicht der Terrorismus bekämpft. In Wahrheit gehe es wieder um die reichen Bodenschätze des Landes.
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer legten an der Gedenktafel Blumengebinde nieder und brachten Lieder aus dem Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion zu Gehör.

LIVE AUS DEM LANDTAG

Aus der Arbeit unserer Landtagsabgeordneten
Ina Leukefeld

Drei Abgeordnete der LINKEN in Oberhof

Knut Korschewski und Ina Leukefeld, Abgeordnete der LINKEN im Thüringer Landtag und der Bundestagsabgeordnete Jens Petermann hatten sich am 21. Juni zu einem gemeinsamen Besuch in Oberhof verabredet. Im Zentrum standen brisante Fragen für die weitere Perspektive der Stadt als Thüringer Tourismus- und Sportzentrum.

Sowohl in der Welt des internationalen Leistungssports als auch im Tourismus vollziehen sich rasante Veränderungen und Oberhof muss mithalten, wenn es nicht in die Bedeutungslosigkeit versinken will. So drastisch muss die aktuelle Situation einschätzen, um die richtigen Entscheidungen für neue Investitionen in der Stadt treffen zu können. Es geht hier, so die linken Abgeordneten, keineswegs um Einzelentscheidungen (z.B. heute um die Erhaltung der Schanze im Kanzlersgrund und morgen um die Wiedereröffnung der Therme), nein, es geht, wie Knut Korschewski mehrmals hervorhob, vor allem um ein längst überfälliges ganzheitliches Konzept zur Entwicklung der Stadt Oberhof. Folgerichtig nutzten die linken Abgeordneten Kontaktmöglichkeiten an verschiedenen Brennpunkten der Stadt, beim Leiter des Thüringer Wintersportzentrums, Wolfgang Filbrich, im Oberhofer Sportgymnasium bei Reiner Jung, bei Bürgermeister Thomas Schulz und mit Forstamtsleiter Bernd Wilhelm. Im Ergebnis ergaben sich Überlegungen, auf deren Berücksichtigung die LINKE in den Parlamenten und in deren Ausschüssen achten wird. Dazu gehört z.B. die Erhaltung einer Lernschanze, die eine moderne Ausbildung von Skisprungtalenten im Sportgymnasium gestattet, die Rekonstruktion der Oberhofer Therme nach einem energiesparenden Konzept, die Schaffung eines Sporthauses am Grenzadler, die Besetzung des Sportgymnasiums mit qualifizierten Trainern oder die touristische Vermarktung des neuen Skitunnels.

Im Bereich des Tourismus sollte sich ein Entwicklungskonzept von den Ideen für alpinen Wintersport am Schneekopf trennen und diese den Wintersportarten dem Hochgebirge überlassen. Stattdessen gelte es, den Schwerpunkt der touristischen Entwicklung Oberhofs auf den sanften Tourismus für Ältere zu legen und die Erhöhung der Übernachtungszahlen anzustreben. Eine zentrale Rolle der ganzheitlichen Entwicklungskonzeption müssen nach Auffassung der linken Abgeordneten die Umweltfragen spielen. Ina Leukefeld wandte sich gegen Bestrebungen zur Privatisierung des Waldes. Das gegenwärtige Durchschnittsalter der Forstarbeiter von 52 Jahren biete jungen, neu ausgebildeten Facharbeitern Zukunftschancen in Thüringen, wenn der Einstellungsstopp für Waldarbeiter aufgegeben wird. Außerdem biete der Staatliche Forstwirtschaftsbetrieb auch gute Möglichkeiten zur Schaffung zusätzlicher öffentlicher Beschäftigung, betonte Ina Leukefeld.

Im Verlauf des Besuches stellte sich aber auch heraus, dass die Abgeordneten von den Thüringer Ministerien durchaus nicht immer umfassend und wahrheitsgemäß informiert werden. Besuche an Ort und Stelle erweisen sich für Abgeordnete deshalb als wichtiges Korrektiv für die Wahrnehmung ihrer Funktion als wirksame parlamentarische Opposition.

- KaWa -

Schüler zum 20.Jahrestag des Mauerfalls

Auf Initiative von Ina Leukefeld stellten im Monat Juni die drei Schüler Florian Laukner, Danny Krämer und Sebastian Stiebritz vom Staatlichen Gewerblich-Kaufmännischen Berufsschulzentrum in Suhl eine Seminararbeit zum Thema „Einigkeit und Recht und Freiheit - Deutschland einig Vaterland“ der Öffentlichkeit vor.

Die drei Jungen hatten sich nicht von der Größe des Themas beeindrucken lassen und sogar den Entwurf der alternativen Verfassung für eine „Republik Deutschland“ vorgelegt, auch entgegen der Warnung, sie sollten sich doch nicht „so weit aus dem Fenster lehnen“. Die Ergebnisse ihrer Arbeit und ihres Quellenstudiums sind beachtenswert:

Die Schüler kamen zu dem Ergebnis, dass der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik überhastet war, dass die Vorschläge Oscar Lafontaines und die Kritiken Helmuth Schmidts, die auf eine allmähliche Angleichung der deutschen Staaten abzielten, berechtigt waren. Der entscheidende Mangel sei der Anschluss der DDR nach dem §23 des Grundgesetzes der BRD und das Fehlen einer demokratischen Reform in der Deutschen Demokratischen Republik gewesen. „Viele Ostdeutsche fühlten sich“, so die Schüler, „um die friedliche Revolution betrogen“. In der Wirtschaft seien Privatisierungen nicht sozial verträglich erfolgt und solche Bereiche wie Bahn, Post und Telekom müssten von jeglicher Privatisierung ausgeschlossen werden. Die Verfassung müsse grundsätzlich in einer Volksbefragung von allen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern eines Staates bestätigt werden. In der Bundesrepublik Deutschland ist das bis heute nicht erfolgt.

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

Schüler zum 20.Jahrestag des Mauerfalls

Bemerkenswert auch, dass die Schüler beim Studium des Grundgesetzes und der Verfassung der DDR aus dem Jahre 1949 zahlreiche Gemeinsamkeiten zwischen beiden Dokumenten feststellten.

In der anschließenden Diskussion beantworteten die Schüler die gestellten Fragen auf souveräne Art und Weise. Sie fühlen sich von der Prüfungskommission durchaus gerecht bewertet und bekräftigten, dass die Vereinigung eine Teilung der Erfahrungen beider deutscher Staaten erforderlich gemacht hätte. Mit dem Begriff des „demokratischen Sozialismus“ wussten sie nur wenig anzufangen und identifizierten in kurzer Hand mit der „sozialen Marktwirtschaft“. Dennoch, bei der Verteidigung ihrer Arbeit in der Klasse sei das Schülerinteresse nicht allzu groß gewesen und einige meinten, die Arbeit sei „zu sozialistisch“. Im FRIZ aber erhielten die Schüler Lob und ungeteilte Aufmerksamkeit.

- KaWa -

Freundschaftsreise nach Budweis

Seit Jahren treffen sich ehemalige Jugendfunktionäre des Bezirkes Suhl und des Kreises Ceske Budjevice.
Die diesjährige Busreise findet vom 02. - 05. September statt und führt uns in die schönsten Gebiete von Ceske Budjevice, Pisek und Strakonice.
Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten wenden sich bitte an Hubert Heiderich, Achim Nickel oder Helmut Weisleder.

Fahrpreis: pro Person 155 €.

Genossenschaften in der Landwirtschaft

Die Erinnerung an den Abschluss der Gründung von Landwirtschaftlichen Produktions-genossenschaften in der DDR ruft fünf Jahrzehnte später wieder einmal heftige Diskussionen hervor. Für diejenigen, die mit nicht zu überbietender Gehässigkeit Realitäten ignorieren und die DDR als „Unrechtsstaat“ abstempeln, war natürlich alles von A bis Z Unrecht, erst recht die Gründung von LPG als Angriff auf das heilige Privateigentum. Ein Rückblick in diesen Tagen erfordert zwar auch die Anerkennung der Tatsache, dass die beschleunigte Bildung von LPG im Jahre 1960 mit individuellem mit öffentlichem Druck auf die Bauernschaft verbunden war, denn von geduldiger Überzeugungsarbeit konnte in einzelnen Fällen nicht mehr die Rede sein. Es kann auch nicht übersehen werden, dass dieser Druck die Zahl der Flüchtlinge aus der DDR erhöht hat. Das Ausmaß der DDR-Flucht von Einzelbauern war allerdings sehr unterschiedlich und im ehemaligen Bezirk Suhl z. B. sehr begrenzt. Zwei Fakten können bei der historischen Bewertung Landwirtschaftlicher Produktionsgenos-senschaften jedoch nicht übersehen werden:

1. Die neuen genossenschaftlichen Strukturen fanden in der Landbevölkerung der DDR bereits während der Vergenossenschaftlichung und auch danach eine wachsende Akzeptanz. Viele persönliche Erfahrungen in der Gemeinschaftsarbeit förderten die Zusammengehörigkeit der Bevölkerung in den Dörfern und jeder spürte die Vorteile einer geregelten Arbeitszeit sowie der neu gewonnenen Möglichkeiten für einen Erholungsurlaub. Sicher war das auch auf Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Genossenschaftstypen und andere Unterschiede zur „Kollektivierung“ in der Sowjetunion zurückzuführen.
2. Es muss festgestellt werden, dass die Genossenschaften nach der Wende keineswegs über Nacht wirtschaftlich zusammengebrochen sind, sondern dass sich viele von ihnen bis zum heutigen Tage achtbar behaupten und damit die wirtschaftlichen Potenzen genossenschaftlicher Eigentumsformen unter Beweis stellen. Und das ist kein Hirngespinst, sondern eine ganz praktische, im Wirtschaftsleben gewonnene Erfahrung. Agrargenossenschaften erweisen sich als Alternative zu den Existenz-sorgen vieler kleinbäuerlicher Wirtschaftseinheiten.

Wenn die LINKE heute über die Zukunft verschiedener Eigentumsformen in der Wirtschaft diskutiert, sollten auch Erfahrungen mit dem genossenschaftlichem Eigentum in der Landwirtschaft einbezogen werden.

-KaWa -

An alle Freunde der Nach-DenkSeiten!

Wir treffen uns wie immer in Suhl Nord im Bürgertreff.
Wenn dass Wetter mitspielt, wollen wir dann gemeinsam zu Ulli auf die Farm.
Wer nicht kann, bitte Bescheid geben, da Ulli ja planen muss.

Gruß Gerhard

Herzliche Einladung

an alle, die im Juni geboren sind:
Wir freuen uns auf ein Treffen am Mittwoch, den 14. Juli, um 14.00 Uhr, Rüssenstraße 19

Schade

Einerseits bin ich ziemlich sauer auf Euch, die Leserinnen und Leser der SAZ. Warum? Da wird eine Abendveranstaltung zweimal in der SAZ angekündigt, aber es finden sich nur 8 Interessenten für den Abend mit linken Liedern und spritzigen Texten.
Unser Genosse Karlheinz Walther hatte seinen Vortrag mit Herz und Verstand gründlich vorbereitet. Wieviel Freizeit er dafür investierte, wissen wir nicht. Die CD´s mit linken Liedern(z.B. von den Grenzgängern aus Duisburg oder mit Originalaufnahmen von Ernst Busch) begeisterten uns so sehr, daß wir erleben konnten, was wir gewiß schon lange nicht mehr hatten: Wir summten mit und die Textsicheren sangen leise mit. Das war Gänsehautgefühl pur! Besonders ins Herz trafen die Kinderhymne von Bertolt Brecht, das Lied von der Einheitsfront (u.a. in Russisch) und die Internationale als Instrumentalstück. Illustriert wurden diese Musikstücke durch persönliche Anekdoten. Eine davon war die: Die Tochter einer Genossin weilte in China. Sie ruft die Mutter im weit entfernten Schmeheim an, die gerade im Garten Kaffee trinkt. Übers Mobiltelefon kann der Tochter mit dem Text der „Internationale" ausgeholfen werden.
Wir baten immer wieder um Zugaben, aber auch der schönste gesellige Abend muß einmal zu Ende gehen.
Habe ich Euch den Mund wässrig gemacht?. Es soll eine zweite Auflage dieses literarisch-musikalischen Programms geben. Sehen wir uns da?

- Regina Udhardt -

Termine im Ferienmonat Juli

Mo 05.07. 18.00 Uhr Fraktionssitzung, Rüssenstr.19
Di 06.07. 16.30 Uhr Tag des sozialen Protests (mit H.-H. Hoffmann, Präsident des Arbeitslosenverbandes),Diana-Brunnen
Di 06.07. 17.30 Uhr Stadtvorstand, Rüssenstr.19
Mi 07.07. 15.00 Uhr Beratung der BO-Vorsitzenden, Rüssenstr.19
Di 13.07. 17.30 Uhr AG Sommerfest, Rüssenstr.19
Mi 14.07. 14.00 Uhr Geburtstagsrunde, Rüssenstr.19
Di 20.07. 17.30 Uhr Stadtvorstand, Rüssenstr.19
Mi 28.07. 15.00 Uhr Seniorencafe / AG Senioren
Do 29.07. 11.00 Uhr Erscheinen der SAZ August 2010
Di 03.08. 16.30 Uhr Dienstagsdemo am Diana-Brunnen

SOMMERFEST DER LINKEN '10

politik & kultur zum anfassen

14.August Volkssolidarität Am Himmelreich 2a

Ich ♥ SUHL www.die-linke-suhl.de

www.die-linke-suhl.de

Staatstheater

Kein Wunder, dass man heute in unserem Lande für die Stücke von Goethe, Schiller oder Lessing kaum noch etwas übrig hat, stehen doch im großen Staatstheater in Berlin ständig Dramen, Tragödien, Komödien ganz anderer Dimension auf dem Spielplan. Das deckt sicher den Bedarf der Leute zur Genüge. Da denken wir noch nicht einmal an das große Fußballtheater, dieses Riesentamtam, das unseren Politikern zur Ablenkung der Menschen gerade recht kommen dürfte.
Theater vom Übelsten: Im Berliner Reichstag verleihen sich die Parlamentarier Gossentitel aus der Unterwelt. Den Milliardären stopft man Milliarden in die Taschen, dem kleinen Mann werden die Cents aus der Tasche geholt, neuerdings auch bald noch mit weiteren Krankenkassenzusatzbeiträgen. Immer reichere Milliardäre, immer ärmere Schnorrer. Ein halbes Jahr zankte man sich vor Millionenpublikum über die Steuersenkungsmarotte der FDP – und inmitten der Koalitionstrümmer thronte die Trümmerfrau Merkel. (Natürlich nichts gegen die Trümmerfrauen von einst!). In dem großen Bundesland NRW existiert schon seitdem CDU-Fenstersturz vor Monaten keine Regierung mehr.
Die Top-Inszenierung auf dem Theater bleibt freilich der plötzliche Rücktritt des Staatspräsidenten, der von CDU-Merkel im Verein mit Finanz- und Wirtschaftsbossen persönlich ins Amt gehievt worden war als ehemaliger Intimus der berüchtigten Frau Breuel. Köhler hatte wohl aus Versehen die Wahrheit über Afghanistan gesagt. Und obwohl die Kanzlerin höchstselbst geschwind mit dem Wulff an die Rampe der Bühne tanzte, schoben Grüne und SPD den Kirchenmann und Offiziersspross Gauck auf den Präsidentenkandidatenstuhl. Der Mann konnte seine Schäbigkeit allerdings noch nie hinter seinen scheinheiligen und salbungsvollen Worten verbergen. War er doch als Leiter der nach ihm benannten Behörde ebenso zwielichtig wie eindeutig mit Delegitimierung der DDR beauftragten Behörde der Betreiber Tausender Diskriminierungen von Mitarbeitern und IM des MfS. Übrigens: An Gaucks Stelle gäbe doch auch noch der kriminelle Vereinigungsminister Ananas-Krause eine leidliche Figur ab... Und dann bleibt ja ohne hin noch die Frage offen: „Wozu überhaupt noch einen Präsidenten, wenn er doch sowieso kaum etwas zu sagen hat – und Gnade Gott, er sagt mal das Falsche. Ein Präsident, nur weil es die Verfassung will oder nur als Feigenblatt für eine durchlöcherte Demokratie?
Kein Wunder also das Desinteresse für Faust und Nathan. Freilich, Schillers „Räuber" passten schon recht gut in das Pleitestaatstheater Berlin. Zeit, dass das Volk die Akteure dieser Dramen von den Brettern holt und in der Versenkung verschwinden läßt.

Wülfrather Appell

Linke Medienmacher und Medienmacherinnen aus NRW rufen zur Aktion – wir schließen uns an:

Weg mit dem Sparpaket.

Nur schimpfen ist zu wenig.
Wir geh'n jetzt auf die Straße...

Das Sparpaket der schwarz-gelben Bundesregierung ist grausam, unerträglich, ungerecht. Merkel, Westerwelle und ihre Hiwis versuchen ohne Scham, die "Kleinen Leute" abzuzocken und die Reichen, die Vermögenden und die Banken zu schonen.

Doch offensichtlich haben sich die Brutal-Sparer aus Berlin dabei verrechnet. Eine Welle des Unmuts, des (noch) verbalen Widerstandes geht durch's Land. Überall wird geschimpft. Doch: Schimpfen alleine ist zu wenig. Merkel und Westerwelle müssen unseren Widerstand auch hören, ihn spüren.

Deshalb rufen wir dazu auf: Runter vom Sofa, rauf auf die Straße. In jeder Stadt, in jedem Stadtteil, in jedem Dorf müssen wir jetzt zeigen, was wir von diesen ungerechten Sparplänen halten.

Und deshalb schlagen wir vor: Am

Dienstag, 6. Juli, um 16.30 Uhr

solidarisieren wir uns mit den Autoren des Wülfrather Appells. Die Suhler Betroffenen versammeln sich im Stadtzentrum am Diana – Brunnen. Wir werden dabei unsere Schilder hochhalten:

Wir fordern:
"Ein Sparpaket für Reiche",
"Arme können nicht mehr sparen!" und
„Finanzhaie zur Kasse“.

Klar, das ist eine Aktion von "unten". Und wir werden nur Gehör finden, wenn viele (eben auch Du) mitmachen.

Deshalb gilt auch für Dich:
Am Dienstag, 6. Juli ist Protesttag!!!

Die „Suhler Andere Zeitung“

Spruch des Monats: Der Fußball ist einer der am weitesten verbreitete religiösen Aberglaube unserer Zeit. Er ist heute das wirkliche Opium des Volkes. (Umberto Eco)